Leipzig. Die neue Oper „Hellantus" von Adalbert von Goldschmidt erzielte bei ihrer ersten Aufführung einen schönen Achtungserfolg. Dieselbe enthält viel Anklänge an Wagner, besonders „Lohengrin". Die Erwartungen dem Texte nach wurden nicht erreicht. Sämmtliche Decorationen sind grossartig. Viele auswärtige Autoritäten und Directoren waren anwesend.

Washington. Der Präsident Arthur ernannte den Gesandten in Berlin, Sargent, zum Unionsvertreter in Petersburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Paris, 26. März, Boulevard. 5% Rente 75,90. Anleihe 106,22. Italiener — —. Türken 8,62. Türkenloose — —. Spanier 61,55. Egypter 313,60. Ottomanen 646,60. Hranzosen — —. Lombarden — —. Fest.

Wollene Schlafdecken,
grösstes Lager am Platze, in allen Qualitäten.
Empfehlenswerth: **Naturwolldecken**
von M. 8,75 an. Preiscourant gratis und franco.
W. Metzler, 15 Altmarkt 15. Bitte genau auf Firma zu achten.

Gardinen
weiss und **crême,** das Fenster v. 3- 100 M. empfiehlt in enormer Auswahl (im Einzelnen zu Fabrikpreisen) das **Gardinen-Special-Hauptgeschäft Dresdens**
Waisenhausstr. 25 (im Hause des Victoria-Salon).

Leo Meyer,
Atelier für Zimmer-Dekoration und Styl-Möbel,
Ausstellung von Muster-Zimmern
einfachen und reichen Genres
1 Moszinski-Strasse 1
Ecke Prägerstrasse, Parterre und erste Etage.

Seestrasse 5, part. u. 1. Etage **Theodor Binder,** Seestrasse 5, part. u. 1. Etage.
Grosses Lager fertiger Kinder-Garderobe bis zum Alter von 16 Jahren. **Herrenanzüge** für **50** Mk. in feinem Cheviot. **Bestellung auf Anzüge nach Mauss nehme für jedes Alter auf und liefere** Geschmackvolles Lager in deutschen und englischen Stoffen.

Nr. 87. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 27. März: Mäßiger Nordostwind, ziemlich trübe, Niederschläge, Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1884. **Donnerstag, 27. März.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das Abonnement für das zweite Quartal 1884 baldigst erneuern zu wollen, damit wir die Nummern ohne Unterbrechung weiter liefern können.

Die Postanstalten des Deutschen Reichs und Auslandes nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei unserer Expedition (incl. Bringerlohn) 2 Mark 50 Pf. vierteljährlich, bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet 2 Mark 75 Pf., in der Oesterreich-Ungarischen Monarchie 2 Gulden 29 Kreuzer excl. Agiozuschlag.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Der Winter macht jetzt sein Stückchen. Ohne Nachwinter würde es nicht abgehen, das stand für alle Kenner des großen Haushaltes der Natur fest schon in jenen milden Januar- und Februartagen, da uns die bleiche Wintersonne eine Frühlingstemperatur vorschmeichelte. Der in Maikäferkreisen herrschende Drang, vorzeitig ausgegraben, in einer Pappschachtel in die Redactionen getragen und als „Erster" in den Zeitungen genannt zu werden, sowie das verfrühte Eintreffen aller sonstigen Frühlingsboten bestraft sich jetzt. Eine merkwürdige Analogie zu den Erscheinungen in der Natur liefert der jetzt zur Neige gehende sächsische Landtag. Unsere erste Kammer gefällt sich in der Rolle des Winters, resp. des Nachwinters. Monate lang herrschte im Landhause die angenehmste Temperatur. Glatt wickelten sich alle Geschäfte ab. Vergleichbar sorglichen Landleuten, bestellten unsere Landboten das Feld für die Ernte des nächsten Jahres. Mitunter brach ein heftiges sozialdemokratisches Donnerwetter mit Windesbrausen und Schneegestöber herein und unterbrach die ruhig fortschreitende Feldbestellung. Nachdem sich das Unwetter ausgetobt, wurden die Ackerfurchen ordnungsmäßig weiter gezogen. Ganz zuletzt aber, eben als der Pflug ausgeschirrt werden soll, bläst aus der ersten Kammer-Ecke ein eisiger Wind und wenn nicht heute der König die allezeit getreuen Landstände verabschiedete, stünden wir vor ernsten Zerwürfnissen zwischen beiden Kammern. Mit knapper Noth wurde noch kurz vor Thorschluß die Differenz bezüglich Aufhebung des Chausseegeldes geschlichtet. Woher kommt es denn, daß auf einmal die Herren der ersten Kammer die zwischen Regierung und Ständen bestehende Harmonie jäh stören und mehrere für die Landeswohlfahrt nützliche, hoffnungsreich sprossende Saaten in dem Nachwinter ihres Mißvergnügens begraben? Schon bei der Frage der Errichtung eines Gesundheits-Museums machte sich eine feindselige Haltung der ersten Kammer fühlbar. Sie bewirkte mindestens einen Aufschub der Inangriffnahme dieser im Landesinteresse liegenden Neueinrichtung. Nur dem klugen Nachgeben der zweiten Kammer bezüglich der Form der betreffenden Bewilligung ist es zu danken, daß diese so nützliche Angelegenheit nicht total verunglückte. Deutlicher kam schon in den Eisenbahnfragen der zurückgehaltene Groll der ersten Kammer zur Erscheinung. Mit knapper Mühe, nur mit einer Stimme Mehrheit, bewilligte das Oberhaus die zehnmal versprochene und ebenso oft aufgeschobene Eisenbahn Leipzig-Geithain-Lausigk. Es bedurfte des persönlichen Eingreifens des Prinzen Georg, um die Kammer zu bewegen, diese „Ehrensache", wie sie der Prinz am Tage vor seiner Erkrankung bezeichnete, in dem gewünschten Sinne zu erledigen.

Bei den Eisenbahnpetitionen aber verfuhr die Kammer in einer Manier, die ihr schwere und begründete Vorwürfe in der zweiten Kammer zuzog und die jedenfalls ihrem Ansehen im Lande keineswegs förderlich ist. Ihrem Eigensinne ist es zuzuschreiben, daß bezüglich der künftigen Eisenbahnbauten gar keine Anträge an die Staatsregierung kommen und die zahlreichen Interessenten in den verschiedensten Landeskreisen hätten sich ihre Mühen, Aufstellungen, Berechnungen, Petitionen, Reisen, Besuche und Audienzen ebensogut sparen können. Die erste Kammer stellt sich auf den äußerst bequemen Standpunkt, zu sagen: wir sind außer Stande, zu beurtheilen, welches Eisenbahnprojekt den Vorzug vor seinen Mitbewerbern verdient; das ist Sache der Staatsregierung; daher geben wir alle Eisenbahn-Petitionen unterschiedslos, gleichsam im Ramsch, zur Kenntnißnahme an die Regierung ab. Es ist ja richtig, was man zur Bemäntelung dieses cavaliermäßigen Standpunktes anführt: daß mit Petitionen oft eine Art Unfug getrieben wird. Schludrig ausgearbeitete, oberflächlich begründete, dürftig zusammengestoppelte Eingaben bilden einen beträchtlichen Bruchtheil der Petitionen. Aber das ist ja gerade die Pflicht und die Arbeit der Landstände, die Spreu von dem Weizen zu sondern, sonst verkümmert das Petitions- und Beschwerderecht der Staatsangehörigen. Warum weigerte sich das Oberhaus, dem Vorgange des Unterhauses zu folgen, eine Auswahl unter den Eisenbahnpetitionen zu treffen? Es war die einfache Schuldigkeit auch der 1. Kammer, durch eigene Untersuchung die Regierung von der Nothwendigkeit eines Bahnbaues in dieser und jener Gegend zu unterrichten. Der Abg. Mann nannte es schlecht und recht inkonstitutionell, alle Eisenbahnpetitionen ohne Berücksichtigung der Bedürftigkeit einzelner Gegenden zur Kenntnißnahme der Regierung zu übergeben und ihr völlig freie Wahl im Bahnbau zu lassen. Das heißt wirklich, ohne Noth ein Stück Volksvertretungsrecht aufgeben. Der kons. Abg. v. Oehlschlägel behauptete geradezu, daß die 1. Kammer über die Eisenbahnbedürfnisse des Landes nicht eingehende Erörterungen angestellt habe. Da sie aber von ihrem bequemen Kavalierstandpunkt nicht wankte und wich, so setzte sie ihren Kopf durch. Aber sie hat sich ganz umsonst bloßgestellt. Denn da die Staatsregierung, konstitutionell wie sie ist, nicht auf Erweiterung ihrer Macht ausgeht, nicht dem Absolutismus zustrebt, sondern die Verfassungsrechte der Volksvertretung respektirt, so hat sie loyal mit der 2. Kammer die Eisenbahnfragen berathen. So kommt es, daß, gleichviel ob die 1. Kammer sich auf den Schmollwinkel zurückzog und nicht mitthun wollte, doch noch das Zeitgemäße geschieht. Obwohl nun über künftige Eisenbahnbauten gar kein ständischer Antrag an die Staatsregierung kommt, so wird dieselbe dem nächsten Landtag die drei Projekte: Rodewitz-Cunewalde-Löbau, Berthelsdorf-Eppendorf und die Müglitzthalbahn vorlegen, die die 2. Kammer als die dringlichsten bezeichnet.

Konnte man vermuthen, daß in den Eisenbahnfragen für die so unglücklich gewählte Petition der 1. Kammer ein Streben nach Vermehrung der Regierungsgewalt auf Kosten der Volksvertretungsrechte, verbunden mit einiger Arbeitsunlust, der Grund sei, so hat in den Steuerfragen noch ein anderes Motiv mitgespielt. Auch hier enthielt sich die 1. Kammer schlechterdings, der Staatsregierung irgend eine Direktive oder auch nur einen Wink zu geben über die Richtung, nach welcher künftig vorzugehen sei. Ob, wenn es die Finanzlage des Landes gestattet, künftig die untersten Einkommensteuerpflichtigen ganz befreit oder etwas entlastet, ob lieber die ganze Schweine-Schlachtsteuer aufgehoben oder doch die Rothschlachtsteuer abgeschafft werden solle — was kümmert das eine hohe 1. Kammer? Das überläßt sie Alles vertrauensvoll der Weisheit der Staatsregierung. Auch die 2. Kammer und das ganze Land hat zu der Einsicht der Räthe des Königs volles Vertrauen und speziell die Leitung der Finanzen befindet sich in Händen, die, weil sie Großes schon geschaffen haben, auch treffliche Leistungen für die Zukunft verbürgen. Aber unsere Staatsregierung ist so durch und durch konstitutionell, daß sie auf die Stimme und den Rath der Landstände selbst den höchsten Werth legt, daß sie so wichtige Dinge, wie die Steuerpolitik, nur in einem Sinne angreift, von dem sie weiß, daß ihr künftig die Landesvertretung in dieser Richtung zur Seite steht. Die Regierung verschmäht selbst das Monopol der Alleinweisheit, das ihr die 1. Kammer verleihen möchte. Diese hat auch alle Petitionen um Ermäßigung der Grundsteuer in den Papierkorb gestellt, obwohl unzweifelhaft viele der Großgrundbesitzer, die in ihr sitzen, mit dem Inhalt einverstanden waren. Des Prinzips wegen — die Regierung nicht zu beeinflussen! Dazu kommt der Aerger jener Großgrundbesitzer, daß sie der Industrie die Ermäßigungen der Eisenbahntarife zugestehen mußten. Der Großgrundbesitz Sachsens grollt! Die Regierung erscheint ihm zu freisinnig, sie holt den Rath des Landes selbst da ein, wo sie es nicht absolut nothwendig hätte und dabei fällt leider Nichts für die Sonderinteressen des Großgrundbesitzes ab. Da muß ein Exempel statuirt werden. Selbst auf Kosten der ärgsten Inkonsequenzen! Die Regierung will im Verein mit der 2. Kammer das Chausseegeld abschaffen — die 1. Kammer sagt: Nein! Warum fehlt auf einmal das Vertrauen auf die Weisheit der Regierung? Seit 1860 petitionirt stoßweise die Landwirthschaft um Abschaffung des Chausseegeldes — anno 1884 entdecken auf einmal dieselben Herren, daß die Landwirthschaft davon gar nicht gedrückt werde. Da machte sich ein Anderer einen Vers darauf! In der plötzlichen Opposition der 1. Kammer kommt ein lang verhaltner Mißmuth zum Vorschein, sei es über das echt konstitutionelle, freisinnige Verhalten der Regierung, sei es wegen des nicht beseitigten Nothstandes der Landwirthschaft. Etwas Scheelsucht auf die Industrie ist mit herauszuschmecken, sowie das Verlangen, zu zeigen, daß noch eine 1. Kammer da ist, die auch ihren Kopf aufsetzen kann. Es ist ein jäh hereinbrechender Nachwinter, er tödtet etliche Frühlingskeime, aber von Dauer ist er nicht.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 26. März

Berlin. Der Reichstag leidet schon an Entkräftung. Bei der heutigen ersten Abstimmung ergab sich Beschlußunfähigkeit. Zur Berathung stand zunächst der Antrag Paris-Dirichlet, den Reichskanzler zu ersuchen, bei dem Bundesrath die Einführung der Vorlagen für die Tabaksteuerrückvergütungssätze zu beantragen. Fürst Bismarck erklärte, der Bundesrath beschäftige sich bereits mit der Angelegenheit im Sinne des Antrages, dessen Annahme den Schein erwecken würde, als ob der Bundesrath sich habe eine Vernachlässigung zu Schulden kommen lassen. Der Reichskanzler erklärte ferner, der Antrag liege ihm eine Competenz bei, die ihm verfassungsmäßig nicht zustehe. Er könne nach der Verfassung nur Anträge des Kaisers bez. Königs von Preußen entgegennehmen, nicht aber Anträge des Reichstages, von denen er ja gar nicht wissen könne, ob sie die Zustimmung des Kaisers finden. Das Haus habe den einfachen Weg, Beschluß darüber zu fassen; dann habe der Bundesrath Stellung dazu zu nehmen. Dr. Windthorst erkennt die Richtigkeit dieser Auffassung an, die er wiederholt selbst vertreten habe, dabei aber bei den Nationalliberalen auf Widerstand gestoßen sei. Er beantragt, mit Rücksicht auf die Erklärungen des Reichskanzlers, Uebergang zur Tagesordnung, event. den Eingang des Antrages zu fassen: Den Bundesrath zu ersuchen u. s. w. Für die motivirte Tagesordnung stimmten 104, dagegen 80; das Haus war mithin beschlußunfähig. Morgen: Nachtragsetat, Prisengelder, Literalconvention mit Belgien.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus trat heute in die Spezialberathung der Jagdordnung ein. Die Fortschrittspartei wollte das römische Recht wieder zur Geltung bringen und beantragte, daß Jeder auf seinem Grund und Boden beliebig jagen dürfen soll. Dem wurde entgegengehalten, daß sich seit der Zeit der alten Römer Mancherlei verändert habe, so sei namentlich in der Zwischenzeit das Pulver erfunden worden. Die Mehrheit war der Meinung, daß der freie Thierfang, wie er bei den Römern bestand, für unsere Verhältnisse nicht mehr passe und so wurde denn der Antrag der Fortschrittspartei abgelehnt.

Bremerhaven. An Bord des auf der hiesigen Rhede liegenden Lootsenschooners „Staatsminister Bacmeister" brach in der vorigen Nacht Feuer aus, der Schooner brannte fast ganz aus und wurde an der Westseite der Weser auf den Strand gesetzt.

München. Die Landtagssession wurde bis 8. April verlängert.

Wien. Unter den Arbeitern im Kohlenwerke in Salgo Tarjan (Nordungarn) sind Unruhen ausgebrochen. Das Proviantmagazin wurde geplündert, die Vorgesetzten gemißhandelt. Es wurde Militär requirirt.

Paris. Ein Telegramm des französischen Geschäftsträgers am Hofe zu Hue aus Kuangnan meldet, der Prinz der Königl. Familie, welcher die Niedermetzelung der Christen veranlaßte, wurde am 25. März Morgens hingerichtet.

Stockholm. Der König soll die Meinung des schwedischen Ministeriums darüber verlangt haben, ob die norwegische Streitfrage eine Einwirkung auf das Unionsverhältniß ausüben könnte. Der schwedische Staatsminister hätte erklärt, das ganze Ministerium sei einstimmig der Ansicht, daß die Union voraussetze und bedinge, daß die Grundgesetze Norwegens und Schwedens ohne die Zustimmung des Königs nicht veränderbar seien, und daß die Kriegsmacht Norwegens wie Schwedens den Befehlen des Königs unterstehe.

Athen. Trikupis theilte der Kammer den bevorstehenden Abschluß des Handelsvertrags mit Deutschland mit, welcher Konzessionen betreffs Korinthen mache.

Kairo. Ueber den General Gordon fehlt es seit dem 15. d. an allen Nachrichten. Durch vom 20. d. M. datirte Meldungen wird bestätigt, daß Khartum fast vollständig von den Aufständischen eingeschlossen war und daß sich auf beiden Ufern des Flusses südlich Shendy große Haufen von Aufständischen befanden.

New-York. Nach Meldungen aus New-Orleans sind mehrere gegen den Mississippi aufgeführte Schutzdämme vom Wasser durchbrochen worden, das untere Thal des Flusses steht vollständig unter Wasser und gleicht einem großen See. Man schätzt die Zahl der Menschen, die auf dem überschwemmten Terrain wohnten, auf etwa 60,000 und befürchtet große Verluste an Menschenleben.

Berliner Börse. Die Tendenz war wieder recht fest. Der nunmehr konstatirte vollständige Erfolg der Subskription auf die ungarische Goldrente, der glatte Verlauf der Ultimoregulirung, sowie die Aussichten auf fernere große Finanzoperationen üben einen günstigen Einfluß auf die Tendenz. Schluß ruhiger, etwas schwächer. Spekulative Banken sehr belebt, namentlich im Anfang, gegen Schluß ließ auf diesem Gebiete das Geschäft nach und die Kourse schwächten sich ab. Besonders bevorzugt waren Deutsche Bank, die 1 Proz. höher schlossen. Russische Bank gingen, 1 Proz. höher, gleichfalls lebhaft um. Von Kassabanken zogen Leipziger Kredit an. Eisenbahnen ruhig, aber meist recht fest. Franzosen, Lombarden nicht ganz behauptet. Oesterreichische Prioritäten nicht ganz still. Berg- und Hüttenwerke wenig verändert. Industrien vielfach gut beachtet, ohne einheitliche Tendenz. Deutsche Fonds bei mäßigem Geschäft gut behauptet. Für fremde Renten bestand gute Nachfrage, namentlich waren russische Werthe bevorzugt. Auch ungarische Goldrente stark gefragt. — Die Generalversammlung der Geraer Handels- und Kreditbank genehmigte 5½ Proz. Dividende und wählte Bensig in Dresden wieder als Aufsichtsrathsmitglied. — Bezüglich der ungarischen Gold-Rentenkonvertirung haben die Anmeldungen bei den Berliner Zeichnungsstellen einen solchen Umfang genommen, daß die Subskription zweifellos vor Ablauf des dafür stipulirten Termins geschlossen wird.

Frankfurt a. M., 26. März. Credit 270½. Staatsbahn 267½. Lombarden 121½. Ober Laurahütte —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 79½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 77½. Ver. Russen —. Ger. Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Unger. Goldanleihe — —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Goldrente —. Disconto 3½%. Schuster 68. Gotthardbahn 98½. Mainzer —. Matt.

Wien, 26. März. Credit 326,50. Staatsb. 316,50. Lombarden 144,50. Nordwest. 148,00. Marknoten 59,35. Ung. Credit 317,50. Elbethal —. Matt.

Paris, 26. März. (Schluß.) Rente 75,70. Anleihe 106,80. Italiener 93,77. Staatsbahn 662,50. Lombarden — —. do. Prioritäten —. Egypter 342. Oesterr. Goldrente —. Spanier 61,50. Ottomanen 646. Träge.

London, 26. März. Weizen gestrichtheilig, angekommener fest, Mehl flau, Hafer ruhig, Mais ¼ Sh. billiger, übrigen stetig. Wetter: kalt.

Lokales und Sächsisches.

— Das Befinden des Prinzen Albert bessert sich von Tag zu Tag. Der kleine Prinz unternimmt täglich, trotz der unfreundlichsten Witterung, Spazierfahrten. Gestern z. B. bei allem Regen und Schneefall fuhr er Mittags aus.

— Der zu kurzem Besuch am Kgl. Hofe eingetroffene Erbprinz von Hohenzollern hat gestern Nachmittag ½5 Uhr seine Rückreise nach Sigmaringen angetreten.

— Dem Vorstand der hiesigen Postzollexpedition, Oberkontroleur Lempe ist vom Kaiser von Oesterreich das goldene Verdienstkreuz mit der Krone verliehen worden.

— Für die muthvolle Errettung eines Mädchens vom Tode des Ertrinkens erhielt der Hilfslehrer Ganzauge in Hohenfichte die silberne Lebensrettungsmedaille am weißen Bande.

— Um vor Schluß des Landtags sämmtliche Geschäfte erledigen zu können, mußten gestern beide Kammern zwei Sitzungen abhalten. In der Vormittagssitzung der ersten Kammer wurde zunächst über die Resultate des Vereinigungsverfahrens Bericht erstattet. Betreffs künftiger Ermäßigung der Einkommensteuer, sowie Aufhebung der Schlachtsteuer ist in den Deputationen eine Einigung nicht zu erzielen gewesen, die Kammer verharrt demnach in ihrer ablehnenden Haltung zu den diesbezüglichen Beschlüssen der zweiten Kammer. Bezüglich des Gesetzentwurfs über die Aufhebung des Chaussee- und Brückengeldes bringt die Deputation (Ref. v. Friesen) einen von dem Abg. Starke im Vereinigungsverfahren vorgeschlagenen Vermittelungsantrag ein, dem Gesetzentwurfe zuzustimmen unter der Bedingung, daß die Aufhebung des Chaussee- und Brückengeldes erst mit Ablauf des Jahres 1885 erfolge, nicht, wie es das Dekret beabsichtigte, bereits Ende dieses Jahres, wodurch der von der 1. Kammer bereits beschlossene zweijährige Etat Geltung behalten würde. Ref. bedauert, daß die Regierung in der Voraussetzung, daß das Dekret Annahme finden werde, den Etat der Chaussee- und Brückengelder nur einjährig eingestellt und dadurch die Möglichkeit eines Verfassungskonfliktes herbeigeführt habe. Lediglich um diesen zu vermeiden, bitte er die Kammer, einen Akt loyaler Selbstverleugnung zu üben und dem Vermittelungsvorschlage beizustimmen. Gegen diesen Vorschlag wenden sich die Abgg. Seiler, Graf Rex und Sekretär Löbr und erklären, daß sie auf ihrem ablehnenden Votum steher bleiben werden. Finanzminister von Könneritz erklärt, daß die Regierung den Etat der Chausseegelder nur deshalb einjährig eingestellt habe, weil sie vorausgesehen habe, daß die zweite Kammer das Dekret fast einstimmig annehmen und somit den zweijährigen Etat bestimmt ablehnen werde. In der hierauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung stimmen 27 Mitglieder für und 14 gegen den Vermittelungs-Vorschlag. Der von der ersten Kammer gefaßte Beschluß betreffs Einbeziehung des am Südflügel des künftigen Akademiegebäudes gelegenen verfügbaren Areals wird dahin eingeschränkt, daß diese Einbeziehung nur dann stattfinden soll, wenn dies ohne Erhöhung der Bausumme möglich sein sollte. Außerdem soll die Regierung dem nächsten Landtage die Verlegung der Münze nach Freiberg vorschlagen. Betreffs der Beschwerde des Ehrlich'schen Gestifts in Dresden bezüglich des Quittungsstempels ist ebenfalls eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Sache am nächsten Landtage gesetzlich geregelt werden soll. Hingegen ist eine Einigung beider Kammern über die Petition des Rechtsanwalt Rich. Schanz betreffs Wiedereröffnung des Sommertheaters nicht erzielt worden. Kammerherr von Burgk referirt sodann über das Dekret, in welchem die Regierung über den jetzigen Stand der betreffs der Verunreinigung fließender Gewässer angestellten Erörterungen berichtet, und spricht dabei den Wunsch aus, daß die zweite Kammer, wenn es sich um Königliche Dekrete handle, die Berathung nicht, wie es in diesem Falle geschehen sei, bis zuletzt hinausschieben möge. Die Kammer beschließt, es bei den im Dekrete niedergelegten Mittheilungen bewenden zu lassen.

— Auch in der Vormittagssitzung der zweiten Kammer bildeten Mittheilungen über die Resultate des Vereinigungsverfahrens den ersten Punkt der Tagesordnung. Daß die Kammer auf ihren bezüglich der Einkommensteuer sowie der Schlachtsteuer fast einstimmig gefaßten Beschlüssen stehen bleiben würde, war vorauszusehen. Ein Antrag kommt jedoch, da kein übereinstimmender Beschluß vorliegt, nicht an die Regierung. Die 2. Kammer tritt sodann dem Vermittelungsantrage betreffs des Chaussee- und Brückengeldes bei. Nach einiger Debatte wurden ferner auch die Vermittelungsanträge bezüglich der Kunstakademie (Ref. Starke), sowie der Petition des Ehrlich'schen Gestifts (Ref. Dvitz) angenommen. Hierauf bewilligt die Kammer den Reservefonds in der Höhe von 588,879 Mk. (Ref. Uhlemann-Görlitz.) Schließlich wird noch in Schlußabstimmung der gesammte Staatshaushalts-Etat, und zwar der ordentliche Etat mit 69,933,022 Mk. für jedes der beiden Jahre, der außerordentliche mit 17,656,705 Mk. für die beiden Jahre